PB.L-01-457

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Aljoscha Labeille (KV Würzburg-Land)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 456 bis 457 einfügen:
verlässliche Anbindung an den ÖPNV, an Mobilitätsdienstleistungen wie Ridepooling- und On-Demand-Verkehre sowie öffentliche Stromtankstellen.

Ein Auto wenn es gebraucht wird - Carsharing-Programm für Deutschland

Viele Menschen brauchen nur gelegentlich ein Auto. Wir setzen daher ein bundesweites Carsharing-Programm auf: In jedem Dorf, jedem Stadtteil oder Quartier sollen ein oder mehrere E-Autos für verschiedene Nutzungszwecke bereitstehen, die per App oder mit einer Karte ausleihbar sind. Damit reduzieren wir die Abhängigkeit vom eigenen Auto und ermöglichen es allen Menschen, im Bedarfsfall dennoch ein Auto zur Verfügung zu haben.
Diese Investition dient zugleich als starke Förderung der Elektromobillität in Deutschland, ohne über eine Kaufprämie einen falschen Anreiz zu setzen.

Begründung

Stationsbasiertes Car-Sharing bringt nachweislich einen Beitrag zur Verkehrswende und wäre auch auf dem Land sinnvoll. Daher sollte es dazu einen eigenen Abschnitt mit o.g. Forderung geben und nicht nur eine Erwähnung im Kontext "Stadt". Die Abhängigkeit vom eigenen Auto wird reduziert. Für viele kann Car-Sharing dazu beitragen, das eigene Fahrzeug abzuschaffen oder zumindest die Anzahl der in der Familie vorgehaltenen Fahrzeuge zu reduzieren. Gleichzeitig ist dies eine starke Förderung der heimischen E-Auto-Produktion: Statt einer Prämie für Privatfahrzeuge (die letztlich nur zu mehr Autos führt) wird damit ein Nutzen für die Allgemeinheit geschaffen. Gleichzeitig kann im Gegensatz zur Privatautoprämie durch geschickte Ausschreibungskriterien die heimische Industrie gefördert werden (vgl. etwa die Fahrzeuganschaffungen der Polizeien der Länder). Die Autoindustrie erhält zudem einen Anreiz, stärker auf „mobility as a service“ zu setzen statt den Verkauf privat genutzter PKW. Zudem werden dadurch gleichzeitig Ladesäulen geschaffen. Für 5 Mrd. Euro (ein Betrag der zu Beginn der Pandemie für Autokaufprämien im Raum stand) könnte man ca. 1 Fahrzeug pro 500 Einwohner:innen anschaffen.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Sven Winzenhörlein (KV Würzburg-Land); Christian Stück (KV Würzburg-Land); Daniel Lenhart (KV Würzburg-Stadt); Maximilian Hirschberger (KV Würzburg-Stadt); Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt); Niklas Dehne (KV Würzburg-Stadt); Hannah Oschmann (KV Würzburg-Stadt); Konstantin Mack (KV Würzburg-Stadt); Katrin Salzinger (KV Würzburg-Stadt); Marie Büchner (KV Würzburg-Stadt); Andrea Roso (KV Würzburg-Stadt); Peter Brückner (KV Würzburg-Land); Michael Klein (KV Cham); Felix Bohnacker (KV Bodenseekreis); Nina

Birkner (KV Würzburg-Stadt); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Magdalena Laier (KV Würzburg-Stadt); Jana Hock (KV Würzburg-Stadt); Achim Jooß (KV Ortenau)